



Presse-Informationen



Gewerkschaft der Polizei
Bundesvorstand

Deutscher
Bundeswehrverband

Berlin, 11. September 2003

Fachtagung „Globaler Terrorismus – Globale Bekämpfung“ am 11. September 2003
im Rathaus Schöneberg, Berlin

Begrüßungsrede des Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Konrad Freiberg

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die heutige gemeinsame Fachtagung des Deutschen Bundeswehrverbandes und der Gewerkschaft der Polizei zum Thema „Globaler Terrorismus – Globale Bekämpfung“ hat eine beachtlich hohe Aufmerksamkeit gefunden.

Ich werte das als ein ermutigendes Zeichen:
weder die Opfer des 11. September 2001 sind vergessen,
noch das unbeschreibliche Leid, das dem amerikanischen Volk an diesem Tag
angetan wurde.

Es ist mir eine große Ehre, den höchsten Vertreter des Landes in Deutschland, dem die Terroranschläge des 11. September 2001 galten, bei uns begrüßen zu dürfen:
seine Exzellenz den Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, Daniel R. Coats.

Ich begrüße den Bundesminister des Innern, Otto Schily und den Bundesminister der Verteidigung, Dr. Peter Struck. Herzlich willkommen.

Als Vertreter des Regierenden Bürgermeisters von Berlin begrüße ich den Senator für Inneres Dr. Erhart Körting.

Mit Freude stellen wir fest, dass unsere Fachtagung auf großes Interesse der Parlamente und Parteien gestoßen ist.

Ich begrüße

- die Vorsitzende des Bundestags-Innenausschusses, Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast und
- die Vorsitzende der Partei Bündnis90/ Die Grünen, Angelika Beer

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle Stromstraße 4, 10555 Berlin Tel.: 0 30-39 99 21-117/6 Fax: 0 30-39 99 21-1 90 Pressesprecher: Rüdiger Holecek	Deutscher Bundeswehrverband, Pressestelle Schönhauser Allee 59, 10437 Berlin Tel.: 0 30/80 47 03-30 Fax: 0 30/80 47 03-50 Pressesprecher: Wilfried Stolze
---	--

und

- die Vorsitzende der Fraktion Bündnis90/Die Grünen, Krista Sager
- sowie die zahlreich erschienenen Abgeordneten des Bundestages, insbesondere aus dem Innen-, dem Verteidigungsausschuss und dem Auswärtigen Ausschuss.

Mein herzliches Willkommen gilt

- dem Präsidenten des Bundeskriminalamtes, Dr. Ulrich Kersten
- und
- dem stellvertretenden Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Werner Jarosch

sowie

- dem Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder, Bernd Manthey und
- dem Inspekteur des Bundesgrenzschutzes, Udo Burkholder.

Für die Polizei heiße ich den Polizeipräsidenten der Stadt Berlin, Dieter Glietsch willkommen, dem wir die Sicherheit für diese Veranstaltung anvertraut haben

und

für die europäischen Polizeigewerkschaften meinen Kollegen Hermann Lutz, Präsident von EuroCop.

Stellvertretend für die Militärattachés aus vielen Ländern begrüße ich herzlich den Doyen der in Berlin akkreditierten Militärattachés, Brigadegeneral Hans-Helmut Moser aus Österreich.

Herzlich Willkommen alle Soldatinnen und Soldaten, Polizistinnen und Polizisten, Kolleginnen und Kollegen des Deutschen Bundeswehrverbandes und unserer Gewerkschaft der Polizei.

Den Damen und Herren der Medien danke ich für ihr Interesse an unserer Fachtagung. Herzlich willkommen.

Herr Botschafter,
meine Herren Minister,
meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Terroranschläge in New York und Washington heute vor zwei Jahren trafen die gesamte zivilisierte Welt. Ihr Ziel waren unsere Kulturen und Wertegemeinschaften.

Über 3000 Menschen aus 60 Staaten der Welt, Menschen vieler Religionen, fanden den Tod.

Es waren, wie Louis Begley schreibt:

„Menschen, von denen die Täter mit Sicherheit nichts wussten und die sie deshalb nach irgendwelchen halbwegs vernünftigen oder begreiflichen Maßstäben auch nicht als ihre Feinde ansehen konnten.“

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle Stromstraße 4, 10555 Berlin Tel.: 0 30-39 99 21-117/6 Fax: 0 30-39 99 21-1 90 Pressesprecher: Rüdiger Holecek	Deutscher Bundeswehrverband, Pressestelle Schönhauser Allee 59, 10437 Berlin Tel.: 0 30/80 47 03-30 Fax: 0 30/80 47 03-50 Pressesprecher: Wilfried Stolze
---	--

Die Blutspur der Terroristen zieht sich durch die Welt: bei 32 Anschlägen, die seit Januar 2002 bis zum Ende August 2003 dem Al-Qa'ida-Terrornetzwerk zugeordnet werden können, kamen über 940 Menschen ums Leben. Über 2700 wurden zum Teil so schwer verletzt, dass sie ihrer Lebensfreude und ihren Lebenschancen beraubt sind.

Die Gefühle der Angehörigen der Toten, der Verletzten und der Augenzeugen von Terroranschlägen finden sich wieder in den Sätzen, die die 15jährige gebürtige Schweizerin Laura Nolte aus Manhattan nieder schrieb, die den Anschlag im Klassenzimmer ihrer Schule in der Nachbarschaft des World Trade Centers erlebte: „So eine extreme Anstrengung, von wem auch immer, der Hass, so etwas zu tun, ist nicht zu schlagen. Das alles wird nicht in einer Woche vorüber sein, nicht in einem Monat oder in einem Jahr. Die Verletzung bleibt.“

Die Verletzung wird auch nicht gelindert durch den Rat, sich mit den politischen Ursachen der Anschläge auseinander zu setzen.

Aus der Sicht der Trauma-Perspektive, so die Münchner Psychologin Angela Kühner, sind solche Äußerungen für die Opfer unzumutbar, da sie den Verdacht wecken, dass die Zuschauer dem Täter eigentlich zustimmen.

Auch hierzulande erfährt manch ein Verbrechenopfer diesen unsäglichen Zuspruch.

„Alle diese Gräueltaten“, so Begley weiter, „hätten nicht geschehen können, wenn nicht die Täter fest an eine überindividuelle, kollektive Schuld ihrer Opfer geglaubt hätten, durch die diese in ihren Augen zu Unmenschen wurden.“

Terroristen schänden nicht nur Staaten und Länder, in denen sie ihre Morde begehen, sondern auch die, in denen sie ihre Taten planen und vorbereiten.

Der überwiegende Teil der Terrorpiloten vom 11. September 2001 hat in Deutschland mitten unter uns gelebt, unsere Gastfreundschaft und Hilfe genossen.

Die Täter haben uns auf brutale Weise die Augen geöffnet, dass eine offene, gastfreundliche, demokratische Gesellschaft auch die Verantwortung dafür trägt, dass diese Offenheit und Gastfreundschaft nicht zum Schaden anderer oder zu ihrem eigenen Schaden missbraucht wird.

„Gotteskrieger tragen Terror nach Europa“ - mit dieser Überschrift erschien die Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei am 1. September 2001. Der Autor des Artikels, Berndt Georg Thamm, den wir gleich hören werden, kam nach umfangreichen Recherchen zu dem Schluss: „Sicherheitspolitisch ist auf der Schwelle zum 21. Jahrhundert eines gewiss: Die Lage in Europa ist höchst alarmierend.“ Auf der Titelseite war das Konterfei eines Mannes abgedruckt, dessen Name damals hierzulande nur wenigen etwas sagte: Osama bin Laden. Zehn Tage nach Erscheinen der Ausgabe kannten Millionen Menschen auf der Welt diesen Namen.

Die Bedrohung war tödliche Realität geworden.

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle Stromstraße 4, 10555 Berlin Tel.: 0 30-39 99 21-117/6 Fax: 0 30-39 99 21-1 90 Pressesprecher: Rüdiger Holecek	Deutscher Bundeswehrverband, Pressestelle Schönhauser Allee 59, 10437 Berlin Tel.: 0 30/80 47 03-30 Fax: 0 30/80 47 03-50 Pressesprecher: Wilfried Stolze
---	--

Hätte man sie abwenden können?

Wer heute mit dem Finger auf andere zeigt, sollte sich lieber selbst an die eigene Brust klopfen. Auch in unserem Land haben Sicherheitsexperten auf die Gefährdung hingewiesen.

Bereits ein Jahr vor dem 11. September 2001 hatte der damalige Präsident des Bundesnachrichtendienstes gewarnt, dass alle weltweit operierenden extremistischen Gruppen in Deutschland Dependancen besäßen. Wenige Monate später ergänzte er seine Einschätzung, in dem er Osama bin Laden als besondere Gefahr bezeichnete. Schon die Regierung Kohl war Jahre zuvor vom damaligen Geheimdienstkoordinator Schmidtbauer auf Aktionen islamistischer Extremisten aufmerksam gemacht worden.

Die Bundesregierung hat nach dem 11. September 2001 reagiert. Die von Bundesinnenminister Otto Schily initiierten Sicherheitspakete haben die Instrumente im Kampf gegen den internationalen Terrorismus geschärft. Während die Bundesländer leider nur kleine Sicherheitspäckchen geschnürt haben, konnten die Sicherheitsbehörden des Bundes doch erhebliche Verbesserungen in der Personal- und Sachausstattung verzeichnen.

Leider verkehren die aktuellen Sparvorhaben diese positiven Ansätze wieder in ihr Gegenteil. Jetzt wird Personal wieder abgebaut, zugleich nehmen die Aufträge weiter zu. Die Arbeit verdichtet sich bedenklich. Gleichzeitig verschlechtert sich die soziale Lage der Beschäftigten von Polizei und Bundeswehr. Damit gerät die Sicherheit für unser Land in Gefahr - ich sage das hier ganz deutlich.

Eine solche Politik ist umso unverständlicher, als sich die kurzzeitigen Verbesserungen durch die Sicherheitspakete doch sichtbar auch an dem Erfolg der strafrechtlichen Ermittlungen messen ließen:

Deutschland ist eines der wenigen Länder, das nach dem 11. September bereits vier Gerichtsverfahren gegen islamistische Terroristen abgeschlossen hat, beziehungsweise durchführt. Das Motassadec-Verfahren in Hamburg war weltweit der erste Al-Qa'ida-Prozess. Insgesamt wurden 173 Ermittlungsverfahren eingeleitet, 63 davon sind allein beim Bundeskriminalamt angesiedelt.

Polizei und Bundeswehr sind im Ausland beteiligt an friedenssichernden und friedenserhaltenden Maßnahmen: ISAF in Afghanistan und Enduring Freedom weltweit gegen den islamistischen Terrorismus. General Engelhardt wird uns über die neuesten Entwicklungen berichten.

Mehr als alle personellen und materiellen Erleichterungen und Gesetzesinitiativen wirkte jedoch der Bruch eines politischen Tabus, das unseren Sicherheitsbehörden seit Jahren die Sorgenfalten in die Stirne getrieben hat.

Ein Vorgehen gegen das fast ungestörte Treiben islamischer Fundamentalisten und gegen die Bemühungen, Teile unserer muslimischen Bevölkerung religiös zu radikalisieren, verbot sich aus Gründen einer bis ins Aberwitzige gesteigerten „political correctness“ und der Furcht vor dem Vorwurf der Fremdenfeindlichkeit.

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle Stromstraße 4, 10555 Berlin Tel.: 0 30-39 99 21-117/6 Fax: 0 30-39 99 21-1 90 Pressesprecher: Rüdiger Holecek	Deutscher BundeswehrVerband, Pressestelle Schönhauser Allee 59, 10437 Berlin Tel.: 0 30/80 47 03-30 Fax: 0 30/80 47 03-50 Pressesprecher: Wilfried Stolze
---	--

– Dabei wurde die Erfahrung völlig ignoriert, dass gerade die Umtriebe religiöser Extremisten und eine erfolgreiche religiöse Radikalisierung das Zusammenleben und die Integrationsbemühungen besonders erschweren, wenn nicht gar zunichte machen.

Es ist wohl unbestritten, dass der hohe Sicherheitsstandard in Westeuropa und in den USA, den die Strafverfolgungsbehörden und Nachrichtendienste nach dem 11. September geschaffen haben, die Ausführung von Anschlägen auf ihren Staatsgebieten bis heute verhindert hat.

Damit ist der internationale Terrorismus aber lange nicht eingedämmt. Er liefert fast täglich den Beweis, dass er kaltblütig sein Ziel verfolgt, sich in den Köpfen der Menschen zu der allgegenwärtigen Gefahr zu verankern, seine Angriffe praktisch überall mit größtmöglichen Personenschäden und größtmöglichen Wirtschaftsschäden verüben zu können.

Da werden Dritte-Welt-Staaten bestraft, weil sie sich unislamisch verhalten und der Aufforderung widerstehen, vereint die Ungläubigen aus dem Gebiet des Islam zu vertreiben.

Da ist jeder Kaufmann, jeder Lehrer einer nichtmuslimischen Schule, da ist jeder Christ oder Hindu, jeder ausländische Diplomat und Tourist ein potenzielles Anschlagziel.

Auch die Streitkräfte im Einsatz in einem islamischen Gebiet können sich nicht darauf verlassen, dass sie durch eine andere außenpolitische Haltung ihrer Regierung als die der USA weniger gefährdet sind. Unsere Kolleginnen und Kollegen der Bundeswehr haben dies schmerzhaft erfahren. Niemand sollte sich aber auch der Illusion hingeben, durch ein besonders distanzirtes Verhältnis zur internationalen Terrorismusbekämpfung von diesen Verbrechern verschont zu werden.

Polizei, Nachrichtendienste und Streitkräfte nehmen für unsere Gesellschaften den Auftrag wahr, Schutz und Sicherheit zu schaffen. Torgefahr und -bedrohung sind aber eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Polizei, Nachrichtendienste und Streitkräfte können nur in dem Maße erfolgreich sein, wie sie von ihren Mitbürgern und Regierungen unterstützt werden – und dass nicht nur ideell.

Die derzeit hohe abstrakte Gefährdungslage kann jederzeit sehr konkret werden, wenn das Gefahrenbewußtsein nachlässt.

Dass es noch keine Anschläge in Westeuropa gegeben hat, bedeutet nicht, dass sich die Bedrohungslage entspannt hat.

Es gab Anschlagsvorbereitungen in Großbritannien, Frankreich, Italien und insbesondere auch in Deutschland. Gotteskrieger für den globalen Jihad werden mitten in Europa geworben, in Kaffee-Häusern, Haftanstalten, in Internet-Foren und insbesondere auch in Moscheen.

In einem Interview bestätigte der Präsident des Bundesverfassungsschutzes, Heinz Fromm, vor wenigen Tagen: „Es kann auf gar keinen Fall Entwarnung gegeben werden. Die Verhaftungen von hohen Al-Qa'ida-Mitgliedern in Nahost haben sich nicht auf die regionalen Gruppen ausgewirkt. Diese Mudschaheddin versuchen weiter zuzuschlagen, wo sie können – möglicherweise auch in Deutschland. Wenn sie hier eine Gelegenheit erkennen, könnten sie diese nutzen.“ Und weiter: „ Wir wissen, dass die Gegenseite sich reorganisiert. Die Frage ist nur, wann und wo sie zuschlägt.“

Die Gewerkschaft der Polizei und der Deutsche BundeswehrVerband haben sich zum Ziel gesetzt, dieses Gefahrenbewusstsein wach zu halten. Aus diesem Grunde haben wir auch gemeinsam zu dieser Fachtagung eingeladen.

Die heutige Veranstaltung setzt eine junge Tradition fort, jeweils am 11. September eines Jahres einen Beitrag gegen den internationalen Terrorismus zu leisten, so lange er nicht gebannt ist. Ich wünsche mir, dass diese Tradition nicht alt werden muss.

Immer in Erinnerung bleiben sollen aber die Toten und Verletzten des 11. September 2001 stellvertretend für die Opfer aller Terroranschläge.

So, wie die Täter in den Sätzen des Schriftstellers Louis Begleys ihre Gräuel nur verüben konnten, weil sie fest an eine überindividuelle, kollektive Schuld ihrer Opfer geglaubt haben, so wird die Völkergemeinschaft den Terrorismus nur besiegen können, wenn sie an die individuelle Schuld der Täter glaubt und nicht an die kollektive Schuld der Menschen gleicher Herkunft oder gleichen Glaubens. Deshalb, und da stimme ich dem gebürtigen Polen, der die Bombenangriffe auf das Warschauer Ghetto miterlebt hat, aus tiefstem Herzen zu, darf kein vom Terrorismus betroffenes Land in seiner berechtigten Empörung sich dazu hinreißen lassen, ganze Gruppen von Menschen zu bestrafen – und nicht bloß diejenigen, die direkt oder indirekt persönliche Verantwortung tragen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle Stromstraße 4, 10555 Berlin Tel.: 0 30-39 99 21-117/6 Fax: 0 30-39 99 21-1 90 Pressesprecher: Rüdiger Holecek

Deutscher BundeswehrVerband, Pressestelle Schönhauser Allee 59, 10437 Berlin Tel.: 0 30/80 47 03-30 Fax: 0 30/80 47 03-50 Pressesprecher: Wilfried Stolze
--